



Nr. 6 / 22. Januar 2024

## **Themen der Plenarsitzung: Beratung des Haushalts 2024, Bericht zu Suiziden und Suchtprävention, Schleswig-Holstein Pakt für Zukunftsinvestitionen, Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Photovoltaik, Sanierung der Landesstraßen und die Unterstützung bei Naturkatastrophen**

**Zu seiner 19. Tagung in der 20. Wahlperiode kommt der Landtag ab Mittwoch, 24. Januar, für drei Tage im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum stehen die Beratung über den Haushalt für das Jahr 2024, ein Bericht der Landesregierung zu Suiziden und zur Suchtprävention in Schleswig-Holstein, ein Schleswig-Holstein Pakt für die Zukunftsinvestitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz, ein Antrag gegen Kürzungen bei der Sanierung der Landesstraßen, die bessere Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Photovoltaik sowie die effektive Unterstützung bei Naturkatastrophen.**

Vor Beginn des Plenums am Freitag, 26. Januar, findet zudem die Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus statt – aus Rücksicht auf den Schabbat ist dies nicht für den eigentlichen Gedenktag, den 27. Januar, geplant. Thematischer Schwerpunkt der Gedenkstunde wird der Widerstand gegen das NS-Regime sein. Die Gedenkrede hält Prof. Dr. Andrea Löw, stellvertretende Leiterin des Instituts für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München.

Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter [sh-landtag.de/](http://sh-landtag.de/) aufgerufen werden.

## Mittwoch, 24. Januar, 10 bis 18 Uhr

**TOP 6, 7 und 45 Haushaltsberatung 2024, Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024), Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. [20/1700](#)), Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. [20/1701](#)), Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2023 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2022), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1680](#)), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 120 Minuten**

Die Landesregierung legt dem Parlament in Erster Lesung ihren Haushaltsentwurf für das laufende Jahr vor. Er sieht geplante Ausgaben in Höhe von 16,9 Milliarden Euro vor, das sind rund 196 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die Einnahmeerwartungen werden mit 16 Milliarden angegeben (plus 256 Millionen gegenüber 2023). Die klaffende Finanzierungslücke von knapp 900 Millionen Euro will die schwarz-grüne Landesregierung durch Rücklagen, Sparen und den Großteil über einen neuen Notkredit schließen. Schleswig-Holstein ist aktuell bereits mit gut 32 Milliarden Euro verschuldet. „Der Haushalt 2024 ist der schwierigste, den ich bisher auf den Weg gebracht habe“, sagte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) bei der Vorstellung des Entwurfs nach der Kabinettsberatung Mitte Dezember. Heinold rechnet damit, dass in den kommenden Jahren weitere Konsolidierungsschritte nötig sein werden. Im Zuge der Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass sich die Koalition uneins bei der Schuldenbremse ist: Im Gegensatz zu Ministerpräsident Günther ist Finanzministerin Heinold offen für eine Reform. Schulden müssten in Einzelfällen möglich sein, sagte sie.

Hintergrund für die schwierige Haushaltsplanung ist auch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November. Die Richter in Karlsruhe hatten eine Umwidmung von Krediten in Höhe von 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2021 für nichtig erklärt. Schleswig-Holstein arbeitet seit der Corona-Pandemie ebenfalls mit Notkrediten. Ein Teil dieser Kreditemächtigungen wurde in der Vergangenheit in Sondervermögen beispielsweise zum Straßenbau gesteckt.

Eine erste Konsequenz zog der Landtag bereits im November mit der Feststellung einer Notlage des Landes auch für 2024. Damit kann die Regierung nun wie geplant Mittel aus dem Corona- und dem Ukraine-Notkredit fließen lassen, beispielsweise für die Krankenhausfinanzierung oder den Schulbau. Nach der Pandemie hat das Land den zunächst mit 5,5 Milliarden Euro ausgestatteten Corona-Notkredit abgesenkt und einen neuen Ukraine-Notkredit aufgelegt. Konkret soll die diesjährige Lücke von knapp 900 Millionen Euro durch Entnahme von Rücklagen in Höhe von knapp 112 Millionen Euro, einen Notkredit von voraussichtlich knapp 650 Millionen Euro sowie durch gut 130 Millionen Euro an konjunkturell bedingten Schulden schließen. Aus dem Notkredit will das Land unter anderem die 137 Millionen Euro an Landesförderung für die geplante Batteriefabrik von Northvolt in Dithmarschen finanzieren. Unterm Strich investiert Schleswig-Holstein 1,9 Milliarden Euro. Das entspricht einer Investitionsquote von 11,4 Prozent.

Es wird aber auch gekürzt. Alle Ministerien sparen zusammen 100 Millionen Euro. Das trifft beispielsweise den Sozialbereich. Die Größe der Hortgruppen für Grundschüler wollen CDU und Grüne zum April von 20 auf 25 erhöhen. Das bringt pro Jahr etwa sechs Millionen Euro. Der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr hat 12 Millionen Euro weniger für Investitionen in Straßen und Radwege sowie 3 Millionen Euro weniger an Betriebsmitteln. Gekürzt wird auch bei der Städtebauförderung, dem Flächenmanagement und in der Wirtschaftsförderung.

Finanzministerin Heinold verwies auf Kostensteigerungen von 16 Prozent im Bereich der Kindertagesstätten auf nun 697 Millionen Euro. Das Land stellt auch weiter ein: 2024 werden allein 419 neue Lehrerstellen geschaffen, weil es mehr Schülerinnen und Schüler gibt. Dennoch wird die Unterrichtsversorgung von zuletzt theoretisch 102 Prozent auf 100 Prozent gesenkt. Für Personal gibt das Land 2024 insgesamt knapp 5,5 Milliarden Euro aus. Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst kostet in diesem und dem kommenden Jahr rund 300 Millionen Euro.

Die Zahl der Planstellen steigt 2024 um 545 auf 54.439. Fast jede zweite Stelle gehört einer Lehrkraft. 18 Prozent sind Polizistinnen und Polizisten. Die Landesregierung kündigte bereits eine Nachschiebeliste an, die dann auch 33 Stellen für eine zweite Einsatzhundertschaft enthält.

Teil der Debatte wird auch der Personalbericht für das Jahr 2022 sein. So wird darin die Gesamtzahl der aktiven Dienst- und Beschäftigungsverhältnisse in der Landesverwaltung mit rund 74.000 angegeben. Die Beschäftigtenanteile von Beamtinnen und Beamten zu Tarifbeschäftigten betragen 63 Prozent zu 37 Prozent. In der Mehrzahl sind im Landesdienst Frauen beschäftigt. Die Quote beträgt 58,91 Prozent Frauen zu 41,09 Prozent Männer.

**TOP 11 und 40 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Volksinitiative "Rettet den Bürgerentscheid!" (Drs. [20/1792](#)), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. [20/1785](#)), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 52 Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/1070](#)), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1771](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

429 Menschen haben sich im Jahr 2022 in Schleswig-Holstein das Leben genommen, 346 haben einen Suizidversuch überlebt. Das geht aus einem Bericht des Justizministeriums hervor, den der Landtag auf Anregung des SSW beantragt hat. Im langjährigen Vergleich sind die Zahlen im Lande rückläufig. So gab es 2021 gegenüber 1998 einen Rückgang bei den Selbsttötungen um 33 Prozent. Allerdings: Bei diesen Zahlen, die aus der Kriminalstatistik und vom Statistischen Bundesamt stammen, gibt es eine Dunkelziffer, weil nicht jeder Suizid erkannt und erfasst wird. Der Norden liegt im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld. Die geringste Selbstmordrate, gemessen an der Einwohnerzahl, hat Nordrhein-Westfalen, die höchsten Werte treten in Sachsen und Thüringen auf.

Das Durchschnittsalter der Menschen, die sich in Schleswig-Holstein das Leben nehmen, liegt laut Bericht bei 61,4 Jahren. „Nach dem aktuellen Stand der Forschung werden etwa drei Viertel aller vollendeten Suizide von Männern begangen“, heißt es in dem Papier. Bei Frauen und Mädchen gibt es jedoch eine auffallende Häufung in der Altersgruppe bis 21 Jahre. Grundsätzlich hätten mehr Frauen als Männer Suizidgedanken, aber bei Männern komme Suizid häufiger als Todesursache vor. Als Risikofaktoren für Suizidalität gelten „fehlendes Zugehörigkeitsgefühl bzw. eine mangelhafte Integration in Familien-, Berufs- oder Gesellschaftsstrukturen sowie das Gefühl, für andere eine Last zu sein“. Auch Depression, Suizidversuche in der Familiengeschichte, Drogenkonsum, finanzielle Sorgen und chronische Schmerzen spielen eine Rolle. Menschen, die allein leben, die verwitwet oder geschieden sind und die keine Kinder haben, weisen ein erhöhtes Risiko auf.

Betroffene finden im Lande laut dem Bericht zahlreiche Hilfsangebote. So gibt es 1.191 niedergelassene Psychotherapeuten, 24 vollstationäre Einrichtungen und rund 1.300 Behandlungsplätze in Tageskliniken. Zwar hat sich die Zahl der Psychotherapeuten im Lande in den vergangenen Jahren erhöht, aber die Wartezeit zwischen Erstgespräch und Therapiebeginn liegt dennoch im Schnitt bei 142 Tagen. Daneben gibt es die sozialpsychiatrischen Dienste der Kreise und kreisfreien Städte, Selbsthilfegruppen und Präventionsveranstaltungen an Schulen. Und: „Ein weiterer wichtiger Weg zur Prävention von Suiziden und Suizidversuchen ist die Beschränkung von Zugangsmöglichkeiten zu typischen Suizidmethoden und verwendeten Mitteln. Hier sind z. B. die Zugangsbeschränkungen zu Schusswaffen, bauliche Maßnahmen an Bauwerken sowie die Verkleinerung von Packungsgrößen einzelner Risikomedikamente zu nennen.“

**TOP 23 DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen, Antrag der Fraktionen von SPD und SSW (Drs. [20/1777 neu](#)), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

SPD und SSW fordern eine Rücknahme der geplanten Kürzungen bei Deutschkursen für Ausländerinnen und Ausländer im kommenden Schuljahr. Die Oppositionsfraktionen sprechen sich dafür aus, vor Einsparungen zunächst das bisherige System zu bewerten. „Die durchschnittliche Klassengröße im Grundschulbereich liegt in Schleswig-Holstein bei 21,4 Schülerinnen und Schülern“, sagte SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat bei Erscheinen des Antrages am 10. Januar. Die Klassen für Menschen mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) lediglich mit durchschnittlich 3,4 Schülerinnen und Schülern weniger zu füllen, werde den besonderen Aufgaben in diesen Klassen nicht gerecht.

Im Dezember hatte das Kabinett einen Haushaltsentwurf für 2024 beschlossen. Die Haushaltspläne umfassen auch Einsparungen. Beispielsweise will die Koalition die Größe von DaZ-Klassen von 16 auf 18 Schülerinnen und Schüler erhöhen. Stattdessen, so SPD und SSW in ihrem gemeinsamen Antrag, sei das „bisherige System zu evaluieren und Verbesserungsmöglichkeiten sowie Einsparpotentiale zu identifizieren“.

Eine weitere Forderung in dem Antrag: Damit die DaZ-Schülerinnen und -Schüler mit dem Schulalltag, den Arbeits- und Sozialformen sowie mit den im Unterricht gebräuchlichen Medien und Materialien vertraut gemacht werden können, soll der Sprachunterricht nicht räumlich getrennt vom restlichen Schulbetrieb stattfinden. „Kinder aus armen und benachteiligten Familien, und zwar unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht, haben häufiger das Pech, dass sie in einer sprachlich armen und anregungslosen Umwelt aufwachsen“, heißt es in dem Papier der Oppositionsfractionen. Kinder aus besser gestellten Elternhäusern, denen viel persönliche Zuwendung und Entfaltungsmöglichkeiten entgegengebracht würden, seien bevorteilt. Bildungsstudien hätten jüngst erneut aufgezeigt, dass im Gegenteil mehr Förderung notwendig ist.

**TOP 42 Bericht über die Cybersicherheit unserer Infrastruktur, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/797](#)), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1584](#)), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 17, 32 und 34 Flurbereinigungsverfahren stärken, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1692](#)) sowie Bericht über landwirtschaftspolitische Schwerpunkte und Ziele 2024, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1800](#)) und Landwirtschaft braucht Zukunft und Perspektive, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. [20/1803](#)), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 42 Minuten**

## **Donnerstag, 25. Januar, 10 bis 18 Uhr**

**TOP 41 Verfassungsschutzbericht 2022, Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1021](#)), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. [20/1795](#)), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Nach eingehender Beratung im Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Kenntnisnahme des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2022. Im Berichtsjahr erhöhte sich demnach das rechtsextremistische Personenpotenzial um rund 1,7 Prozent. Damit zählten 1220 Personen (2021: 1200) zur rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten blieb konstant bei 350. Die aktuelle Sorge um eine Unterhöhung der Demokratie durch rechtslastigen Extremismus wird voraussichtlich ebenfalls Gegenstand dieser Debatte sein: Im Ältestenrat war vergangene Woche ein Dringlichkeitsantrag zum Thema Rechtsextremismus angekündigt worden.

Rechtsextreme bilden laut dem vorliegenden Verfassungsschutzbericht die größte Gruppe innerhalb der unterschiedlichen extremistischen Bestrebungen im Norden – vor islamistischen, linksextremistischen und auslandsbezogenen. Das Personenpotenzial der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene liegt auf dem fünften Platz und ist laut Bericht im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel auf 640 Personen (2021: 480) angewachsen. Bereits im vorangegangenen Bericht hatten die Verfassungsschützer im Land eine Zunahme politisch motivierter Kriminalität um knapp 37 Prozent beobachtet. Die Experten registrierten Zuwächse in der rechtsextremistischen, der islamistischen und auch der linksextremistischen Szene.

Zum aktuellen Hintergrund: Das spendenfinanzierte Medienportal Correctiv hatte vergangene Woche über ein bis dahin nicht bekanntes Treffen von Rechtsradikalen mit AfD-Politikern und einzelnen CDU-Mitgliedern in einer Potsdamer Villa vom 25. November vergangenen Jahres berichtet. Der frühere Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner, hatte dort nach eigenen Angaben über „Remigration“ gesprochen. Wenn Rechtsextremisten den Begriff verwenden, meinen sie in der Regel, dass eine große Zahl von Menschen ausländischer Herkunft das Land verlassen soll – auch unter Zwang. Seit dem Bekanntwerden des Treffens in Potsdam gab es in verschiedenen deutschen Städten eine Vielzahl an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und die AfD. Allein am vergangenen Wochenende waren bundesweit weit über hunderttausend Menschen auf die Straße gegangen.

**TOP 31 Denkmalschutz und Photovoltaik besser vereinen, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1799 neu](#)) sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. [20/1816](#)) geplanter Aufruf 10:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Wahrzeichen, Gebäude, Infrastruktur – Denkmäler genießen in Schleswig-Holstein einen besonderen Schutz. Doch die Beachtung der entsprechenden Denkmalschutzgesetze steht häufig in einem Zielkonflikt mit der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien – darauf weist ein Antrag der Regierungsfaktionen hin. Sowohl Denkmal- als auch Klimaschutz seien von großem öffentlichen Interesse und müssten nach der geltenden Rechtslage auch im Einzelfall abgewogen werden, heißt es. Der Antrag trägt den Titel „Denkmalschutz und Photovoltaik besser vereinen“ und fordert eine Weiterentwicklung von bereits bestehenden Checklisten und Leitlinien, die das Landesamt für Denkmalpflege erarbeitet hat. So sollten beispielsweise Welterbestätten und ihre Pufferzonen, Denkmalbereiche und Grabungsschutzgebiete besonderen Schutz erhalten. Die allgemeinen Möglichkeiten der Genehmigung von Photovoltaikanlagen an oder auf Denkmälern sollten ausgeweitet werden. Zudem regt der Antrag eine erneute Prüfung des Abbaus der Bürokratie zugunsten einer Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien an und befürwortet in diesem Zusammenhang eine entsprechende Änderung der Landesbauordnung. Mit einer für alle verständlich ausformulierten Überarbeitung des bisherigen Leitfadens könne der technischen Weiterentwicklung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien Rechnung getragen werden, heißt es in dem Antrag weiter.

Ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion weist auf ein bereits laufendes Modellprojekt als konkretes Beispiel hin, in dessen Rahmen die Verwendung von Photovoltaik-Dachziegeln erprobt wird. Die Landesregierung wird in diesem Antrag gebeten, die Möglichkeiten eines



Förderprogramms, möglicherweise in Kooperation mit Bund und Kommunen, für Photovoltaik-Dachziegel in besonders geschützten Umgebungen zu prüfen.

**TOP 25 und 53 Beschlüsse der Europaministerkonferenz konsequent umsetzen, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1780](#)) sowie Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2024, Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1772](#)), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 19 Schnellere Verfahren für Schwerlasttransporte, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1712](#)), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 21 Neue Investitionen in die Atomenergie sind gegen die Interessen von Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1767](#)), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 28 Ein Schleswig-Holstein Pakt für die Zukunftsinvestitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1793](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Der SPD sorgt sich um das entschlossene Investieren in zukunftssträchtige Bereiche wie Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Bildung, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz. In Schleswig-Holstein klaffen auf diesen Feldern „Ziele und Realität immer weiter auseinander“, das Land falle in zentralen Zukunftsfragen zurück, heißt es in einem Landtagsantrag. Deshalb, so der Appell an die Landesregierung, „braucht es jetzt entschlossene Investitionen, um die gemeinsam vereinbarten Ziele zu erreichen“. Die Landespolitik solle sich in einem Schleswig-Holstein-Pakt dazu bekennen, notwendige Finanzmittel jährlich im Rahmen der Schuldenbremse zu mobilisieren. Notfalls sei auch in den kommenden Jahren eine Haushaltsnotlage auszurufen. Konkret fordern die Sozialdemokraten in ihrem dreiseitigen Antrag: ein Kita-Platz für alle Kinder im Land, den Bau von jährlich mindestens 15.000 Wohnungen sowie für so viele Sozialwohnungen wie aus der Belegbindung fallen, eine stärkere Unterstützung der Kommunen beim Schulbau und die Streichung der Deckelung bei Investitionen in die Ganztagsbetreuung und den Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land. In Sachen Klimaschutz sei das Tempo bei der Reduktion von klimaschädlichen Emissionen zu versechsfachen und die Emissionen müssten künftig um 6 Prozent pro Jahr reduziert werden.

Oppositionsführerin Serpil Midyatli sagte Mitte Januar bei Vorstellung des Antrags: Der Haushaltsentwurf für 2024 löse keines dieser Investitionsprobleme, die Ziele seien mit den aktuell zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln nicht zu erreichen. Wenige Tage später legte sie nach und forderte die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. „Mit einem

Steuersatz von nur 1 Prozent für die reichsten 200.000 Deutschen mit einem Vermögen von über 5 Millionen Euro könnten pro Jahr rund 10 Milliarden Euro eingenommen werden, die den Ländern zugutekommen“, sagte Midyatli. Für Schleswig-Holstein wären das laut der SPD-Fraktionsvorsitzenden Einnahmen von über 300 Millionen Euro.

#### **TOP 15 Gemeinsame Beratung**

a) **Tourismus in Schleswig-Holstein nachhaltig und verantwortungsbewusst gestalten, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1616](#))**

b) **Bericht zum Stand der Umsetzung der Tourismusstrategie 2030, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1460](#)), Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1672](#)),  
geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 22 Ostseeschutz: Bewahrung unseres maritimen Schatzes, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1768](#)),  
geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 26 und 27 Mehr Akzeptanz durch Preistransparenz in der Fernwärme, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1781](#)) und Gerechte Strompreise für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1782](#)),  
geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 43 Strategiebericht „Klimaneutrales Industrieland“, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1467](#)),  
Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1676](#)),  
geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

### **Freitag, 26. Januar, 10 bis 16 Uhr**

**TOP 33 Keine Kürzungen bei der Sanierung der Landesstraßen, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1801](#)),  
geplanter Aufruf 10:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Ein im zweiten Jahr andauernder Haushaltsnotstand und dementsprechende Sparzwänge auf der einen Seite, dringende Investitionen auf der anderen – in dem Spannungsfeld bewegt sich die Finanzpolitik der Landesregierung. In diesem Jahr muss eine Finanzierungslücke im Haushalt von knapp 900 Millionen Euro geschlossen werden, das soll neben einem Notkredit auch durch Kürzungen von Mitteln erreicht werden. So soll etwa der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr zwölf Millionen Euro weniger für Investitionen in



Straßen und Radwege bekommen. Dies stößt bei den Liberalen auf Widerstand. In einem Antrag fordert die FDP-Fraktion von der Landesregierung eine Abkehr von diesen Kürzungen. Stattdessen solle das Investitionsniveau für Sanierung und Erhalt des Landesstraßennetzes mit Blick auf die veränderten Rahmenbedingungen so erhöht und jährlich weiter aufgestockt werden, „dass die ursprünglichen Ziele der Landesstraßenstrategie auch weiterhin erreichbar bleiben“. Schon Anfang Januar hatte FDP-Landtagsfraktionschef Christopher Vogt eine moderate Flexibilisierung der Schuldenbremse für sinnvoll erachtet. „Es macht Sinn, in konjunkturell schwierigen Zeiten etwas mehr Spielraum zu haben, um dies dann in besseren Zeiten wieder auszugleichen.“ Vogt schlug vor, die Schuldenbremse in der Landesverfassung um ein Investitionsgebot zu ergänzen. Das Land müsse darin verpflichtet werden, jedes Jahr mindestens zehn oder zwölf Prozent der Ausgaben in die Infrastruktur zu investieren.

In ihrer Landesstraßenstrategie aus dem Jahr 2018 hatte die Landesregierung – damals noch mit der FDP als drittem Koalitionspartner – eine „Sanierungsoffensive zum Abbau des Erhaltungsstaus“ gestartet. Allerdings liegt das Land hinter dem Plan, Probleme bereiten vor allem hohe Baukosten und der Mangel an Personal. Dies wurde in einer Landtagsdebatte im Mai vergangenen Jahres deutlich. Formuliertes Ziel des Verkehrsministeriums ist es, das gesamte Landesstraßennetz von knapp 3700 Kilometern bis 2035 in einen guten Zustand zu versetzen.

**TOP 13A,39 und 51 Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1809](#)) sowie Bericht zur Erprobung des Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten, Bericht der Landesregierung (Drs. [20/1770](#)) und Bericht der Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Tätigkeitsbericht 2020-2021 (Drs. [20/1056](#)), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. [20/1726](#)), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 16 Rechtsstaatlicher Schutz unserer Kinder im Netz statt Chatkontrolle, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1689](#)), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 24 Landesbericht zur Entwicklung der Gesundheitsberufe in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. [20/1779](#)), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 35 Effektive Unterstützung bei Naturkatastrophen, Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. [20/1804](#)), geplanter Aufruf 14:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Mit Blick auf die Ostseesturmflut im Oktober vergangenen Jahres würdigen die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen in einem zweiseitigen Antrag die „schnelle und unbürokratische Hilfe“ seitens der Landesregierung. Insbesondere die jüngst veröffentlichten Härtefallregelungen hätten die Möglichkeit eines Tilgungserlasses für Unternehmen und Privatpersonen geschaffen, wird in dem Papier hervorgehoben. An die Bundesregierung wird appelliert, „dass sie ihre Ankündigungen von Hilfszusagen einhält und umsetzt“. Laut Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) habe Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November zugesagt, dass der Bund sich angemessen an den Kosten, die durch die schwere Sturmflut entstanden sind, beteiligen werde. Grundsätzlich merken die Koalitionsfraktionen an: Die Ostseeflut am 20./21. Oktober habe noch einmal deutlich gezeigt, „dass viele Menschen angesichts der durch den Klimawandel verstärkten und in zunehmender Zahl vorkommenden Extremwetterlagen einem finanziellen Risiko gegenüberstehen“. Vor diesem Hintergrund erinnern CDU und Grüne an den Landtagsbeschluss vom 21. September 2023, mit dem eine bundesgesetzliche Regelung für eine Pflicht zum Abschluss einer Elementarschadenversicherung angemahnt wurde. „Die Landesregierung wird in diesem Zuge gebeten, sich auf Bundesebene weiter für die in der Entschließung des Bundesrates vom 31. März 2023 enthaltenen Forderungen einzusetzen.“

Weiter erneuern die Koalitionsfraktionen ihre bereits in einer Debatte zum Katastrophenschutz im November 2022 geäußerte Forderung, eines der damals geplanten „Labore 5000“-Einheiten in Schleswig-Holstein zu stationieren. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine aus mehreren mobilen Modulen bestehende Unterkunfts- und Betreuungseinrichtung, in der bei Bedarf bis zu 5.000 Menschen kurzfristig und weitgehend autark für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr untergebracht werden können.

**TOP 29 Bericht zur Umsetzung der Brokstedt Beschlüsse, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1794](#)), geplanter Aufruf 14:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

**TOP 30 Vereine und Verbände als wichtige Partner bei der sportlichen Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung in Grundschulen, Antrag der Fraktion der FDP (Drs. [20/1798](#)), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de) unter [plenum-online](#). An den Sitzungstagen bietet [plenum-online](#) rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten. Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter [ltsh.de/ParlaTV](http://ltsh.de/ParlaTV). Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter [okkiel.de/](http://okkiel.de/).

## Reihenfolge der Beratung der 19 Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

<b>TOP</b>		<b>angemeldete Redezeit</b>	<b>Voraussichtl. Beginn der Beratung</b>
<b>Mittwoch, 24. Januar 2024</b>			
<b>6+7+ 45</b>	<b>Haushaltsberatung 2024</b>	<b>120</b>	<b>10:00</b>
10	Erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	0	12:00
14	Ersatzwahl eines Mitglieds des Gremiums nach § 8a Abs. 3 Landesministergesetz	0	12:00
11+40	Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	30	12:00
<b>52</b>	<b>Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
<b>23</b>	<b>DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen</b>	<b>30</b>	<b>15:30</b>
42	Bericht über die Cybersicherheit unserer Infrastruktur	30	16:00
17+32 +34	Flurbereinigungsverfahren stärken sowie Bericht über landwirtschaftspolitische Schwerpunkte und Ziele 2024 und Landwirtschaft braucht Zukunft und Perspektive	42	16:30
<b>Donnerstag, 25. Januar 2024</b>			
<b>41</b>	<b>Verfassungsschutzbericht 2022</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
<b>31</b>	<b>Denkmalschutz und Photovoltaik besser vereinen</b>	<b>30</b>	<b>10:30</b>
25+53	Beschlüsse der Europaministerkonferenz konsequent umsetzen sowie Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2024	30	11:00
19	Schnellere Verfahren für Schwerlasttransporte	30	11:30
21	Neue Investitionen in die Atomenergie sind gegen die Interessen von Schleswig-Holstein	30	12:00
<b>28</b>	<b>Ein Schleswig-Holstein Pakt für die Zukunftsinvestitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
15	Gemeinsame Beratung a) Tourismus in Schleswig-Holstein nachhaltig und verantwortungsbewusst gestalten b) Bericht zum Stand der Umsetzung der Tourismusstrategie 2030	30	15:30
22	Ostseeschutz: Bewahrung unseres maritimen Schatzes	30	16:00
26+27	Mehr Akzeptanz durch Preistransparenz in der Fernwärme und Gerechte Strompreise für Schleswig-Holstein	30	16:30
43	Strategiebericht „Klimaneutrales Industrieland“	30	17:00
<b>Freitag, 26. Januar 2024</b>			
<b>33</b>	<b>Keine Kürzungen bei der Sanierung der Landesstraßen</b>	<b>30</b>	<b>10:30</b>
10	Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	0	11:00
13A+ 39+51	Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten sowie Bericht zur Erprobung des Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten und Bericht der Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages	30	11:00
16	Rechtsstaatlicher Schutz unserer Kinder im Netz statt Chatkontrolle	30	11:30
24	Landesbericht zur Entwicklung der Gesundheitsberufe in Schleswig-Holstein	30	12:00

35	<b>Effektive Unterstützung bei Naturkatastrophen</b>	<b>30</b>	<b>14:00</b>
29	Bericht zur Umsetzung der Brokstedt Beschlüsse	30	14:30
30	Vereine und Verbände als wichtige Partner bei der sportlichen Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung in Grundschulen	30	15:00

**Zu folgenden Tagesordnungspunkten ist eine Aussprache nicht vorgesehen:**

**Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 20/):**

<b>TOP</b>	
2	Gesetz zur Änderung des Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetzes
3	Gesetz zum Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle
4	Gesetz zur Auflösung der Clearingstelle Windenergie
5	Gesetz zur Weiterentwicklung der Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland
8	Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes
9	Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz in den Kommunen
12	Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes
13	Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes und des Landeswahlgesetzes
20	Zustimmung zur Veräußerung einer Grundstücksfläche angrenzend an die Landesliegenschaft in der Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel
37	Errichtung eines Radschnellnetzes für Schleswig-Holstein
38	Potenziale der Geothermie in Schleswig-Holstein nutzen
47	Bericht des Stiftungsrates für 2022 der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik“
48	Bericht des Stiftungsrates für 2022 über die „Stiftung Schloss Eutin“
49	Bericht des Stiftungsrates für 2022 über die „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“
50	Tätigkeitsbericht 2021/2022 der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein

**Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:**

18	Mündlicher Bericht zum Konzept für die Umsetzung einer Mobilitätsgarantie für Schleswig-Holstein
36	Keine Kürzungen beim Versorgungssicherungsfonds
44	Transfer und Innovation stärken: Schleswig-Holsteins Hochschul- und Wissenschaftssystem zukunftsfest weiterentwickeln
46	Inklusion an Schulen - Bericht in der 20. Legislaturperiode